

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Rauscher, bitte.

Doris Rauscher (SPD): Frau Ministerin Müller, ich möchte noch zwei oder drei Punkte bzw. Fragen anschließen. Ursprünglich sind die 63 Millionen Euro, wie Sie sagten, ein Versprechen an die Eltern gewesen. Das wurde zurückgenommen. Die Maßgabe ist, dass die Erhöhung des Basiswerts nur bei gleichzeitiger Kofinanzierung durch die Kommunen erfolgt. Wie positionieren Sie sich dazu, wenn einzelne Kommunen den Basiswert aufgrund klammer Kassen nicht in gleicher Weise erhöhen können? Meine Sorge ist, dass die Qualitätsschere noch weiter auseinanderdriften und es somit standortabhängig ist, ob die Gelder fließen. Womöglich bekommt ein Träger in der Kommune A den Basiswert in doppelter Höhe, während der gleiche Träger in der Gemeinde B mit klammen Kassen mit null Euro leer ausgeht. Das ist das eine.

Zum anderen würde ich gerne von Ihnen hören, wie Sie zu Folgendem stehen: Eine Differenzierung der Gewichtungsfaktoren im Krippenbereich ist enorm wichtig, weil eine Verteilung der Gelder nach dem Gießkannen-Prinzip durch die Erhöhung des Basiswerts das eine ist. Das ist dringend erforderlich, weil die letzte Erhöhung von neun Euro das Kraut nicht wirklich fett gemacht hat. Letztendlich werden wir aber den schwierigen Standortfaktoren, den U-3-Kindern, den Kindern mit Migrationshintergrund und den Kindern mit drohender Behinderung nicht gerecht, wenn wir bei der Differenzierung der Gewichtungsfaktoren nicht nachbessern. Ich dachte, das wäre klar. Das zeigen auch die Rückmeldungen sämtlicher Verbände.

Wir hatten im Ausschuss mit der CSU-Fraktion eine fachliche Übereinstimmung. Die Geister scheiden sich aber immer bei den Geldern. Durch die Umschichtung der 63 Millionen Euro wird kein Euro mehr für den Bereich U 6 ausgegeben. Das ist ein Verschiebehahnhof. Diesen Punkt kritisiere ich.

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Hinsichtlich der Frage zum Gewichtungsfaktor habe ich eben schon Frau Kollegin Kamm erklärt, dass wir das prüfen – gar keine Frage. Derzeit haben wir unterschiedliche Gewichtungsfaktoren. Daran wollen wir nichts verändern. Generell soll noch einmal eine Prüfung erfolgen.

Der nächste Punkt, den Sie angesprochen haben, betrifft den Basiswert. Wie sieht es damit aus? Der Basiswert wird nur dann ausgezahlt, wenn es eine Kofinanzierung bei den Gemeinden gibt. Das ist der Basiswert per se. Der Basiswert setzt die Mitfinanzie-

rung der Kommunen voraus, ansonsten gibt es keine Erhöhung. Das ist eine klare Aussage.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin.

Mit liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden wieder getrennt.

Zunächst lasse ich über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/436 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt auf Drucksache 17/3146 die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen?

(Unruhe – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wir sind bei den Gegenstimmen!)

Noch einmal: Wer stimmt entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zu? – Das sind die FREIEN WÄHLER und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Jetzt haben wir es. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/2160 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt auf Drucksache 17/3177 wiederum die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung folgende von der CSU-Fraktion mitgeteilte Ausschussbesetzungen bekannt. Anstelle der in die Staatsregierung berufenen Frau Staatsministerin Ulrike Scharf werden Frau Staatsministerin a. D. Christine Haderthauer neues Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie und Herr Karl Straub neues Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden. Außerdem tauschen die Kollegen Markus Blume und Dr. Harald Schwartz

ab der 43. Kalenderwoche ihre Ausschusssitze in Petitions- und Gesundheitsausschuss. Herr Markus Blume wird neues Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege. Herr Dr. Harald Schwartz wird neues Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden. Ich bitte, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 22.07 Uhr)